

# Platz abbeck

Nr. 5, 23. September 2023

**DIE LINKE.**

Fraktion im Rat der Stadt Köln

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,

Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

## Hallen Kalk vor dem Aus?

In den ehemaligen Industriehallen der KHD in Kalk soll ein gemeinwohlorientierter Kulturort entstehen. Initiativen, die dort u.a. ein Migrationsmuseum, ein inklusives Kunsthaus und ein Kreationzentrum zeitgenössischer Zirkus ansiedeln wollten hatten sich zusammengeschlossen; und auch die in Kalk ansässige Abenteuerhalle für Jugendliche hatte Interesse, dort etwas zu entwickeln. Doch nun ist mit der gemeinnützigen Montagsstiftung ein wichtiger Akteur abgesprungen. Es ist fraglich, ob das Projekt noch umgesetzt wird.

Das würde einen 2017 begonnenen Beteiligungsprozess beenden. Sieben Jahre bürgerschaftlichen Engagement, aber auch Geld und Personalressourcen der Stadtverwaltung wären umsonst aufgebracht worden.

Die Montagsstiftung begründete ihren Rückzug: „Ein Projekt dieser Dimension und in einer Konstellation aus Kommune, Bürgerschaft, Vereinen, Stiftungen und professionellen Akteuren ist nur in einer Partnerschaft mit maximaler Verlässlichkeit, einem abgesteckten Handlungsrahmen und einem strikten Zeitmanagement möglich. Dieses sehen wir auf Seiten der Stadt Köln nicht mehr gegeben.“

Der Ausstieg der Montagsstiftung ist kein Einzelfall. Immer wieder bremst die Verwaltung Initiativen und Projekte aus. Das Liegenschaftsamt und die Bauaufsicht verhindern die Nutzung der ehemaligen KHD-Verwaltung durch die Künstler\*inneninitiative raum 13 trotz Ratsbeschlüssen. Stattdessen wird das Gebäude jetzt systematisch dem Verfall preisgegeben.

Die Oberbürgermeisterin hat in der vergangenen Ratssitzung darauf hingewiesen, dass die Beteiligung

## Sozialticket für Köln-Pass-Nutzer wäre umsetzbar gewesen

**Vorhandene Finanzmittel für Deutschlandticket sind da!**

Leider fand der Ratsantrag von DIE LINKE und SPD für ein deutschlandweites Sozialticket für Köln-Pass-Berechtigte von 19 Euro für die Monate Oktober bis Dezember keine Mehrheit im Rat. Einen gemeinsamen Beschluss herbeizuführen haben Grüne und CDU ausgeschlagen, obwohl die KVB erklärte, dass das Projekt für die Monate November und Dezember für 1,5 Mio. Euro umsetzbar wäre.

Das Deutschlandticket wäre eine große Chance gewesen, dass auch Menschen mit wenig Geld bundesweit mobil sein können. Die wollten wir nutzen! Denn das würde zu ei-

nem Mehr an Teilhabe in unserem Land führen. Schließlich haben auch andere Bundesländer und Kommunen in den letzten Monaten ihre Angebote von Sozialtickets ausgebaut.

Zusätzlich zu einem Beschluss im Stadtrat hätten wir Druck auf das Land NRW ausüben müssen, damit ein 29 Euro-Ticket auf Landesebene kommt und die finanzielle Förderung von bisher 40 Mio. Euro aufgestockt wird.

Doch es kam nicht zu unserem Beschluss, auch wenn die Gegenargumente zu unserem Antrag fadenscheinig waren. Die Gegner sagten: „Wir hätten keine Dauerfinanzie-



500 Menschen demonstrierten am Samstag, den 9. September in der Kölner Innenstadt unter dem Motto „Asylrecht statt Unrecht. Für den Erhalt des individuellen Rechts auf Asyl“. DIE LINKE war dabei. Claus Ulrich Pröiß vom Kölner Flüchtlingsrat wandte sich gegen die Einschränkung des Asylrechtes und forderte den Ausbau der Kompetenzen für die Kommunen.



[www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln](https://www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

→ von Bürger\*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zeitaufwendig ist, und die Verwaltung durch ihre Pflichtaufgaben auch stark beansprucht ist. Das ist sicher nicht falsch. Trotzdem macht es einen Unterschied, welche Bedeutung man der Stadtentwicklung von unten beimisst.

Offenbar werden die alternativen Projekte nicht so geschätzt wie die „konservative“ Zusammenarbeit mit auf Profitbasis arbeitenden Unternehmen. Zudem gibt es auch Teile der Politik, insbesondere in der CDU, die es bevorzugen, große Investoren und Immobilienentwicklungsgesellschaften mit lukrativen Aufträgen zu beauftragen.

Der Ausstieg der Montag-Stiftung als Schlüssel-Partner, der der Zusammenarbeit mit Vereinen und Or-

ganisationen einen Rahmen und eine Richtung geben konnte, ist ein Alarmzeichen. Im Zuge der Verwaltungsreform müssen einige Ämter und Abteilungen in Strukturen und Mentalität neu darauf ausgerichtet werden, mit Vereinen und Initiativen besser zusammenzuarbeiten. Zudem muss ausgewertet werden, ob konkret beim Osthof in falschen Strukturen gearbeitet wurde. Möglicherweise hätte ein Lenkungsreis eine verbesserte Zusammenarbeit ermöglicht.

Jetzt sind Proteste und dauerhafter Druck aus der Gesellschaft nötig. Nur so können im Rat gemeinwohlorientierte Projekte in Stadtteilen wie Mülheim und Kalk dauerhaft durchgesetzt werden. Denn die großen Prestigeprojekte in der Innenstadt

haben im Rat eine mächtige Lobby.

Auf der Ratssitzung wurde der Vorwurf laut, nicht jeder könne kommen und erwarten, dass die Stadt ihm Geld für sein Projekt gibt. Doch die Initiativen hätten Fördergelder für ihr jeweiliges Projekt eingebracht sowie die Montagstiftung bereits ebenfalls eigenes Geld eingesetzt hat.

Mit der ursprünglichen Planung wäre ein Raum mitten in Köln entstanden, der den Anwohnerinnen kostenlos oder für kleines Geld zur Verfügung steht. Ein Abbruch und Verkauf an einen Investor wäre für die Stadt der einfachere und lukrativere Weg; für die Kalker\*innen aber fatal.

Michael Weisenstein,  
Heiner Kockerbeck

→ rung.“ Das hatte DIE LINKE auch nie behauptet. Auch die Ampelkoalition hatte mit dem 9 Euro-Ticket im vergangenen Jahr ein dreimonatiges befristetes Projekt gestartet. Erst viel später wurde dann das 49 Euro-Ticket geschaffen, dessen Dauerfinanzierung bis heute unklar ist.

Weiter behaupten sie: „Die Mittel des NRW-Stärkungspaktes sind verbraucht.“ Das stimmt nicht! Auf der Sitzung des Sozialausschusses am 17.8. erklärte die Sozialverwaltung, dass bisher nur für 4,5 Mio. Euro Anträge gestellt seien. Die Stadt Köln hatte bereits 11,5 Mio. Euro vom Land erhalten. Es drohte also eine Rückzahlung der Mittel. Auf Nachfrage in der Ratssitzung am 7.9., also drei Wochen später, erklärte die Verwaltung, es fehlen noch Anträge im Volumen von 1,4 Mio. Euro. Das entspricht ungefähr den Kosten von 1,5 Mio. Euro für das Sozialticket.

DIE LINKE Ratsfraktion geht davon aus, dass in der Kürze der Zeit viele beantragte Projekte gar nicht umgesetzt werden können, und ein größerer Geldbetrag an das Land zurückgezahlt werden muss.

Es ist ausgesprochen schade, dass durch ein befristetes Sozialticket in Köln nicht auf das Interesse und die Bedarfe der Köln-Pass-Berechtigten eingegangen wird. Solidarität und Empathie für Personen mit geringem Einkommen ist im Kölner Stadtrat kein Maßstab für eine soziale Politik.

Die Ratsdebatte war heftig und

die LINKE wurde deutlich: „Das Bündnis will kein Sozialticket, das die Menschen deutschlandweit in der Weihnachtszeit nutzen können. Das ist ein Schlag in die Gesichter der Menschen, weil das Geld ja bereits auf den Konten der Stadt Köln liegt. Das Gestaltungsbündnis ist unsozial, destruktiv und nicht für die Menschen in Köln unterwegs.“

Die Fraktion der Grünen in Bonn hat 1 Mio. Euro in die Hand genommen und hat zusammen mit der SPD, der LINKEN und Volt ein örtliches 19-Euro-Ticket beschlossen. Es geht auch anders!

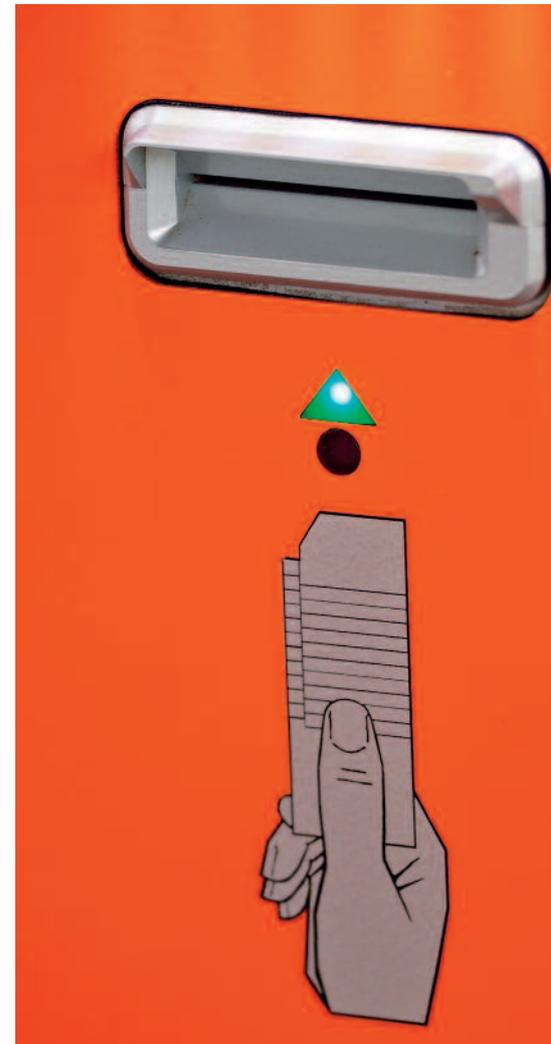
Oberbürgermeisterin Reker bemängelte zu Beginn der Sitzung, die zu vielen Ratsbeschlüssen und die fehlenden Finanzmittel. DIE LINKE hielt dagegen, dass bei diesem Beschluss die Verwaltung gar nichts machen muss. Die Arbeit liegt bei der KVB. Die Finanzmittel aus dem Stärkungspakt NRW liegen bereits auf den Konten und müssen zurückgezahlt werden, wenn das Geld nicht genutzt wird.

Eine breite Koalition aus Grünen, CDU, FDP, Volt und Thor Zimmermann (GUT) stellte einen nichtssagenden Ersetzungsantrag. In ihm sollte die Verwaltung lediglich prüfen, ob so ein Ticket eingeführt werden soll. Und die Bundesregierung wird aufgefordert, die Finanzierung des Deutschlandtickets auch nach 2024 sicherzustellen. Dieser Antrag bekam durch die Stimmen der Antragsteller eine Mehrheit. Damit wur-

de über unseren Antrag gar nicht mehr abgestimmt. Hier wurde wieder eine Chance vertan, Köln ein Stück sozialer zu gestalten.

Jörg Detjen

Foto: Hebi B. auf Pixabay



# Aus den Bezirken



Die Aktion der LINKEN auf dem Straßenfest: Die Fraktion in der BV präsentiert das Ergebnis vor der Sitzung der Bezirksvertretung. Bezirksbürgermeister Spelthann freut sich.

## Ehrenfeld

### Verkehrsversuch Venloer Straße wird fortgeführt

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE./Die PARTEI mit großer Mehrheit ihre Position bekräftigt, die Venloer Straße im Abschnitt Ehrenfeldgürtel bis Piusstraße/Franz-Geuer-Straße zur Einbahnstraße zu erklären.

Am 25. September wird in einer Sondersitzung über das konkrete Verfahren beschlossen: Die Einbahnstraße wird im Oktober eingerichtet, der Radverkehr ist in beiden Richtungen erlaubt. Die versuchsweise eingeführte Tempo-20-Zone wird aufgehoben, stattdessen gilt wieder Tempo 30. Dann lässt die Straßenverkehrsordnung auch die Einrichtung von Fußgängerüberwegen und Fußgängerampeln zu. Auf dem Streckenabschnitt werden die Fußgängerüberwege wieder eingerichtet. Ein weiterer Überweg in Höhe Hansemannstraße kommt hinzu.

Mit der Einrichtung der Tempo 20 Zone und den provisorischen Fahrbahneinengungen sollte der Kfz-Verkehr deutlich reduziert werden. Dieser Effekt ist bislang nicht eingetreten. Statt einer erwarteten Reduzierung von 30 % ging der Kfz-Verkehr



lediglich um 10 % zurück. Das Überqueren der Straße gestaltete sich für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung schwierig. Die Rechtsvor-Links-Regelung wurde sowohl von Kfz-Nutzern als auch von Radfahrenden häufig missachtet, was teilweise zu Beinahe-Unfällen führte. Die Unfallhäufigkeit nahm jedoch nicht zu. Die Fahrradstreifen wurden weitergenutzt, weil so der Radverkehr am Autostau vorbeifahren konnte. Der neue CDU-Vorsitzende Mandl führte eine regelrechte Kampagne gegen den Verkehrsversuch im Vorfeld der Neuwahl in der CDU.

Der Ortsverband Ehrenfeld der LINKEN hat auf dem Straßenfest Venloer Straße am 12./13. August eine Befragung des Publikums durchgeführt – das Interesse war sehr groß. Mehrere hundert Menschen beteiligten sich. Diese Befragung ergab als Stimmungsbild vor allem: Zumindest eine Einbahnstraßenregelung muss her. Zurück zur alten Situation wollten nur sehr wenige. Viele Befragte wünschten sich aber, dass der Kfz-Verkehr ganz aus diesem Straßenabschnitt verbannt wird, lediglich ein zeitlich begrenzter Lieferverkehr sollte zugelassen sein. Diese Frage erhielt die mit Abstand größte Zustimmung. Nach dem Verwaltungsgerichtsurteil zur Deutzer Freiheit ist eine rechtssichere Umsetzung dieser Option für die Zukunft zu prüfen.

Ulrike Detjen

## Kalk

### Kalker Hauptstrasse autofrei!

Während des Kalkfestes am 19. August haben wir über unsere Forderung nach einer autofreien Kalker Hauptstrasse aufgeklärt. Ich wohne selbst in Kalk und weiß, wie gefährlich es als Radfahrer\*in oder Fußgänger\*in ist, wenn man hier von A nach B will. Es ist unmöglich, oberirdisch von Kalk Post nach Kalk Kapelle zu kommen, ohne Slalom laufen oder fahren zu müssen!

Ganz davon zu schweigen, welche Probleme mobilitätseingeschränkte Menschen haben, wenn sie auf der Kalker Hauptstraße unterwegs sind. Barrierefreiheit sieht definitiv anders aus!

Und auch um das Klima geht es. Die Stadt Köln möchte bis 2035 klimaneutral werden.

Bundesweit ist der Verkehrssektor das Haupthemmnis für die Klimawende – und das auch in Köln. Auch hier wird ein Großteil der CO2-Emissionen durch den städtischen Autoverkehr verursacht. Es führt also langfristig kein Weg daran vorbei, den Autoverkehr in Köln massiv zurückzudrängen.

Aktuell sind Verkehrsversuche in Köln stark in der Kritik. Es wird Verwaltungsbashing betrieben und an Kritik am Verkehrsdezernenten wird nicht gespart. Die CDU freut sich, dass der Verkehrsversuch auf der Deutzer Freiheit abgebrochen werden musste. Vonseiten der FDP heißt es weiterhin: Freie Fahrt für freie Bürger.

Nun müssen wir zusammen mit vielen Kölnerinnen und Kölnern umso lauter fordern, dass der Verkehr in Köln nicht auto-, sondern menschenfreundlich sein muss.

Die Ratsfraktion und DIE LINKE in der Bezirksvertretung werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Situation vor Ort endlich verbessert.

Güldane Tokyürek

# Aus den Ausschüssen

## Rechnungsprüfung

### Prüfbericht Sicherheitsdienste beim Karneval erschüttert

Nach den Erfahrungen mit Sicherheitsdienstleistern Silvestern 2016/2017 hatte der Rat beschlossene Verstöße der Sicherheitsunternehmen gegen vertragliche Regelungen zu „sanktionieren“ und die „tarifliche Bezahlung des Wachpersonal sicherzustellen.“

Das Rechnungsprüfungsamt legte Ende August einen nicht-öffentlichen Prüfbericht vor, der vermutlich aus Kreisen der Politik an den Kölner Stadt-Anzeiger durchgestochen wurde. Dabei wurde die Kritik des Berichtes auf die übliche Kölner Art heruntergestuft: Wer ist schuldig und gab es Korruption?

Interessant ist, dass die IG Gastro, also der Verband der Gastronomieunternehmen, dagegen die Sache auf dem Punkt bringt. In einem Offenen Brief an die Oberbürgermeisterin schreiben sie, dass die Missstände lange bekannt sind und kein geschultes Personal eingesetzt wird: „Es ist ein Wunder, dass noch nie mehr passiert ist und es keine Opfer gab.“

Im Offenen Brief der IG Gastro steht auch, dass das Ordnungsamt überfordert sei. Sie kritisiert, dass jetzt ein Mitarbeiter „Sündenbock sein soll“, der „Expertise, Moral und Integrität“ besitzt.

An diesen Reaktionen kann man erkennen, dass Einzelne Fehler begangen haben, aber auch, dass es sich um ein System handelt, das schnell zerstört werden muss. Über die vertragliche Ausschreibung lässt die Stadt zu, dass ein beauftragtes Dienstleistungsunternehmen den Personaleinsatz über Nachfolgeunternehmen abwickelt, die wiederum auch Nachfolgeunternehmen einsetzen. In diesem Fall waren es fast 30 Unternehmen. Das ist bundesweit übliche Praxis.

Das muss man unterbinden! Entweder verbieten vertragliche Regelungen diese Konstruktion oder mehrere Unternehmen, die zusammenarbeiten, treten als eine transparente Bietergemeinschaft auf.

Die Ratsfraktion DIE LINKE forderte die Stadt dazu auf, selbst als Si-

cherheitsdienstleister aufzutreten, z. B. mit einem Eigenbetrieb. Der Landschaftsverband Rheinland hat so ein Unternehmen. Auch die Stadt Essen hat diesen Weg eingeschlagen.

Jörg Detjen

## Stadtentwicklung

### Zu wenig Sozialwohnungen am Deutzer Hafen geplant

Die Stadtverwaltung hat eine aktuelle Kosten- und Finanzierungsübersicht für die Entwicklung des neuen Wohngebiets im Deutzer Hafen vorgelegt. Die Kosten haben sich gegenüber letztem Jahr um 48 Mio. Euro erhöht. Im Basisszenario erwartet die Stadtverwaltung nun ein Defizit in Höhe von 107 Mio. Euro.

Im Deutzer Hafen wird eine Gelegenheit vertan, dem Mangel an preiswerten Wohnungen wirksam zu begegnen. Das Gelände ist weitgehend im Eigentum der kommunalen Stadtentwicklungsgesellschaft moderne stadt. Da müsste mehr drin sein als nur 30 Prozent der Wohnungen öffentlich gefördert zu bauen. Die Ankündigung der moderne stadt, für weitere 20 Prozent der Wohnungen gedämpfte Mietpreise anzusetzen weist in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus.

Nachdem die Kosten- und Finanzierungsübersicht im letzten Jahr nur im nicht öffentlichen Teil des Stadtentwicklungsausschusses beraten werden konnte, wurde sie nun auf einer Pressekonferenz vorgestellt und danach im öffentlichen Teil der Sitzung beraten.

Als Reaktion auf unsere letztjährige Kritik wird die Kosten- und Finanzierungsübersicht nun öffentlich diskutiert. Aber wirklich transparent sind die Einnahmen und Ausgaben der Entwicklung des Deutzer Hafens immer noch nicht. Trotz anderslautender Zusagen schweigt sich die Stadtverwaltung in der Mitteilung über die Auswirkungen auf die Ausschüttungen der moderne stadt an die Stadt Köln aus. Das sind die Gewinne, die nicht bei der moderne stadt bleiben, um dort für Wohnzwecke eingesetzt zu werden. Stattdessen muss sie diese Gewinne an die Stadt Köln abführen, die damit ihren Haushalt ausgleicht.

Michael Weisenstein

## Stadtentwicklung

### Auf das falsche Pferd gesetzt

Seit Jahren gibt es eine zähe Diskussion und Verhandlungen um die Entwicklung des Laurenz Carré. Allem Anschein nach wird uns die Baugrube mit Domblick noch ein Weilchen erhalten bleiben. Denn der großspurige Investor ist in Teilen pleite. Gearbeitet wird an der Baustelle nicht mehr. Nun gut: Hässlich war die Ecke mit dem alten Parkhaus spätestens seit den 1960er Jahren. Die Tourist\*innen werden sich wohl noch eine ganze Zeit lang mit dem Loch in zentraler Lage arrangieren müssen. Der ein oder andere vorlaute Investor hat den Verantwortlichen in dieser Stadt schon das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Diese wiederum sind auf die schönen Präsentationen und Bilder hereingefallen. Einige Investoren haben sich mit der Spekulation mit dem Areal eine goldene Nase verdient. Andere sind vor dem Insolvenzrichter gelandet. So auch Herr Düsterdick von der Gerch Group. Mit seinem Privatvermögen will er nicht haften. Das mögen doch bitte die Steuerzahler\*innen richten. Gerch-Chef Düsterdick zieht es vor, weiterhin durch seinen begehbaren Weinkühlschrank zu wandeln. Dieser soll in seinem Büro in der Gerch Firmenzentrale im Düsseldorf Oberkassel stehen.

Selbstverständlich hätte man das Laurenz Carré auch mit einem anderen zwielichtigen Investor an die Wand fahren können. Das ist aber ein schwacher Trost für die oben genannten Tourist\*innen und die Arbeiter\*innen, die in einem weit verzweigten System von Subunternehmertum nun um ihren Lohn bangen müssen.

Wer sich mit dem Auf und Ab der Immobilienwirtschaft beschäftigt, ist von der Gerch-Pleite nicht überrascht. Die Firmenpolitik entspricht wohl der, die in den USA Anfang des Jahrhunderts zum Platzen der Immobilienblase geführt hat: viel zu geringe Eigenkapitalquoten gepaart mit völlig überbewerteten Immobilien und Grundstücken. Da braucht es nur einen geringen Anstieg der Zinsen und einer Erhöhung der Baukosten bis diese spekulativen Projekte platzen.

Michael Weisenstein



Am Tag der Wohnungslosen am 11. September, informierten Initiativen und Träger am Wiener Platz Bürger mit Wohnung und Betroffene. Der Verein „Heimatlos in Köln“ der frischgebackenen Kölner Ehrenbürgerin Linda Rennings war mit dabei, tatkräftig unterstützt von der LINKEN, u.a. Fraktionssprecher Heiner Kockerbeck.

## Allgemeine Verwaltung

### Alle schwerbehinderten Azubis nach dem Abschluss übernehmen!

Die Stadt hat den Auftrag, über das Soll hinaus Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Die Verwaltung wird diverser, wenn mehr Menschen mit Behinderung in der Verwaltung arbeiten. Sie sind Vorbild für andere Menschen mit Handicaps und gleichzeitig besonders sensibel für ihre Bedürfnisse. Hatten 2021 noch 3 % aller neu Eingestellten eine Behinderung, waren es 2022 schon 5,7 %.

Die Stadt Köln bildet auch jedes Jahr einige junge Menschen mit Lernbehinderung zum Fachpraktiker bzw. Fachpraktikerin Büromanagement aus. Doch eine Mitteilung an den Ausschuss brachte Unerfreuliches ans Licht. Nicht allen Azubis, die diese Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, wurde eine Stelle angeboten – trotz vieler offener Stellen!

Ein gemeinsamer Antrag soll das jetzt ändern. Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und volt haben gemeinsam beantragt und beschlossen, diese jungen Menschen künftig entweder direkt über den Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes auszubilden oder eine verbindliche Übernahmevereinbarung mit ihnen zu treffen. Beides würde eine Übernahme garantieren, solange sie ihre Abschlussprüfungen bestehen.

Es ist für die jeweilige Abteilung und die Ausbilder\*innen mit viel Arbeit verbunden, junge Menschen drei Jahre lang auszubilden. Wenn Sie diese erfolgreich abgeschlossen haben, sollten sie nicht in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Das leuchtet gerade in Zeiten des „akuten Fachkräftemangel auf fast allen Ebenen und Positionen“, so der Antrag, nicht ein.

Güldane Tokyürek

## Hauptausschuss

### Kulturpolitische Personalentscheidungen

Im Hauptausschuss standen zwei wichtige kulturpolitische Personalentscheidungen auf der Tagesordnung. Es wurde über die Neubesetzungen der Schauspielintendanz sowie des Stadtmuseumsdirektoriums beraten.

DIE LINKE freut sich auf die künstlerische Arbeit des neuen Schauspielintendanten Kay Voges „in Köln für Köln“. Wir wünschen uns, dass wir mit ihm zusammen

kollektive und paritätischere Strukturen am Schauspiel etablieren können.

Dagegen war es die richtige Entscheidung, die Besetzung der Leitung des Kölnischen Stadtmuseums zu verschieben. Keiner konnte sich bisher ein eigenständiges Bild von dem Bewerber machen. Wir wissen nur, er hat wenig Erfahrung in einer vergleichbaren Position. Dazu soll er eine herausragende Stellung in der historischen Mitte bekommen, ohne dass das entsprechende Konzept erstellt geschweige denn abgestimmt ist. Der Kandidat hat bisher allerdings so wenig überzeugt, dass inzwischen klar ist, dass er keine Mehrheit bekommen wird.

Das nächste Auswahlverfahren für Kandidat\*innen muss transparenter und offener sein. In den kommenden Jahren brauchen wir Veränderungen an den Leitungsstrukturen der Häuser hin zu einer kollektiven Intendanz. Außerdem gibt es fähige Frauen beim Theater und in den Museen, die angesichts der männlichen Dominanz bei den städtischen Häusern zum Zuge kommen sollten.

Wir bezweifeln, dass sich nicht auch qualifizierte weibliche Bewerberinnen für diese Posten finden lassen. Es ist anachronistisch, nicht hartnäckiger nach ihnen zu suchen.

Jörg Kobel,  
Heiner Kockerbeck



Am 29. August protestierten Tageseltern vor dem Jugendhilfeausschuss für eine bessere Ausstattung und höhere Löhne. DIE LINKE informierte sich über die Missstände.

# Keine Revolution, aber konkrete, spürbare Erfolge

## Die Wohnungspolitik der KPÖ

„Es nützt nichts, den Leuten ein Papier in die Hand zu drücken, wenn sie nächste Woche eine Räumung haben. Dann muss man aktiv helfen. Das muss sich widerspiegeln in der Politik.“ Genau das hat Ernest Kaltenegger gemacht, als er 1998 Wohnungsratsrat in Graz wurde. Heute ist seine Nachfolgerin Elke Kahr die Oberbürgermeisterin, weil die KPÖ die stärkste Fraktion geworden ist, in Graz, der seit dem Kaiserreich durch und durch konservativen steirischen Landeshauptstadt.

Mit einer Reisegruppe der Rosa-Luxemburg-Stiftung wollten wir erkunden, wie es den Grazer Kommunist\*innen gelingt, dem in Europa vorherrschenden Trend einer Schwächung der Linkskräfte etwas entgegen zu setzen.

In Österreich gilt das Proporzprinzip: Alle Parteien im Gemeinderat - was bei uns der Stadtrat ist - bekommen entsprechend ihrer Stärke Stadtratsposten, vergleichbar mit den Dezernenten bei uns. Das Wohnungsressort wollte niemand, da gab man es gern dem Kommunisten Kaltenegger. Der richtete als erstes einen Mieternotruf ein. Rasch sprach sich herum, dass er nicht nur Rat gab, sondern selbst mit anpackte, wenn einer Kündigung zu widersprechen war oder ein Wasserhahn endlich repariert werden musste. Und dass er sich verpflichtete, von seinem städtischen Gehalt nur soviel zu behalten, wie ein Facharbeiter verdient, den Rest spendete er, nicht für die Parteikasse, sondern für Nothilfeprojekte. Das gilt bis heute, auch für Elke Kahr, die Oberbürgermeisterin. „Populismus“, sagten die Konkurrent\*innen. Na und? Erwiderten die Kommunist\*innen. Könnt ihr ja auch tun. Dann fällt es einem leichter, den Job wieder abzugeben, wenn man abgewählt wird, und man vergisst nicht, wie normale Leute leben. Und es gibt kein Gedränge um die guten Listenplätze.

Dass Menschen 60 bis 70 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, ist ein Unding. Kaltenegger beantragte, dass zumindest in den kommunalen Wohnungen niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete

zahlen muss, den Rest soll die Kommune übernehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin sammelten seine Genoss\*innen Unterschriften für ein solches Gesetz. Schnell waren über 20 000 Unterstützer\*innen zusammen, und prompt beschloss der Gemeinderat diese Obergrenze einstimmig. Als die konservative ÖVP mit ihrer damaligen Mehrheit diese Wohnungen verkaufen wollte, konnte das rasch mit einem neuen



Der Eingang zum Bürgermeisterinnenbüro - von einer Kita gestaltet. Hier empfängt Elke Kahr ratsuchende Bürger\*innen

Volksentscheid verhindert werden.

2003 wurde Graz Kulturhauptstadt. Kultur, das ist die ganze Lebensweise, meinte Kaltenegger. Etwa 2000 städtische Wohnungen waren „Substandard“, d. h. hatten keine eigene Nasszelle. Also nutzte Ernest den Impuls und auch die Gelder der Kulturhauptstadt dafür, auch die letzten Wohnungen mit Klo und Bad auszustatten. Daran erinnern heute noch Fliesen mit entsprechender Aufschrift in den Bädern.

Nun steht die Grazer KPÖ an der Spitze einer Regierungskoalition. Schwerpunkt ist und bleibt die Wohnungspolitik, aber auch die Verkehrswende, Energiepolitik, Finanzen stehen auf der Agenda. Kulturpolitik? Eine Vertreterin der freien Kulturszene klagt, dass sich die KPÖ zu wenig

darum kümmert. Das Ressort liegt jetzt in den Händen der ÖVP.

Wo erzielen die Kommunist\*innen ihre Erfolge? In den Arbeitervierteln wählen nur noch 30 Prozent, aber da lag der KPÖ-Anteil fast bei der Hälfte. In den „besseren“ Vierteln beteiligten sich rund 70 Prozent, von denen 20 % ihr Kreuz bei den Kommunist\*innen machten. Also: sowohl die unmittelbar von der Wohnungsfrage betroffenen als auch die „Lifestyle-Linken“ werden erreicht. Die Grazer Kommunist\*innen punkten mit ihrer „Kümmererpolitik“, während ihr Landesverband auf eine strikt antikapitalistische Programmatik setzt, mit der er sich von ihrer Bundespartei unterscheidet. Klar gibt es Auseinandersetzungen, bestätigt Leo Kühbacher, der unsere Gruppe in Graz begleitet. Etwa darüber, wie deutlich man sich in Fragen der Migrationspolitik positioniert. Aber die werden intern ausgetragen. „Wir haben keine Sahara Wagenknecht, von uns wird ja niemand in die Talkshows eingeladen.“

Gestützt auf starke Bürger\*innenbewegungen gelang ihnen der Spagat, in der Regierung Oppositionspolitik zu betreiben. Weil sie mit Wohnen ein bürgernahes Thema hatten. Auch heute, meint Max Zirngast, „Clubobmann“, also Fraktionsvorsitzender der KPÖ im Grazer Gemeinderat, sollte man ein Regierungsbündnis nur eingehen, wenn man darin auch Gestaltungsmacht hat.

Einen Volksentscheid zur Enteignung von Wohnungskonzernen wie in Berlin findet Max Zirngast von den Grazer Gemeindevertretern prima, aber nichts für Graz: Hier gibt es keinen dominierenden Wohnungskonzern, sondern relativ viele Gemeindewohnungen, da wolle man die Menschen nicht mit der Forderung nach Enteignungen verschrecken. Man habe ja andere Instrumente der Wohnungspolitik.

Das Rezept der Grazer\*innen: Sie sind als Menschen und Politiker\*innen glaubwürdig – durch ihre Gehaltsobergrenze, und sie erzielen zusammen mit Bürger\*innen und Basisbewegungen zwar keine Revolution, aber konkrete, spürbare Erfolge.

Karl-Heinz Heinemann

# Unzumutbare Wohnverhältnisse in Chorweiler und Seeberg!



Die Häuser im Besitz der Universal Invest, verwaltet durch „Zentral Boden Vermietung und Verwaltung GmbH“ (ZBVV), in Chorweiler und Seeberg sind in einem unzumutbaren Zustand für die Mieter\*innen.

DIE LINKE, die Katholische Mieterberatungsstelle und die Mieter\*innen selbst machten Politik und Stadtverwaltung im Rahmen einer Aktuelle Stunde im Unterausschuss Wohnen auf die schlimmen Verhältnisse aufmerksam.

Bewohner\*innen aus den Häusern in der Osloer Straße und Liverpooler Platz in Chorweiler, sowie den Häusern in der Ludwig-Giesstraße in Seeberg reisten auf Einladung der Ratsfraktion DIE LINKE in einem Bus zur aktuellen Stunde ins Kölner Rathaus. Dort zeigten sie den anwesenden Politiker\*innen und Verwaltungsvertreter\*innen schlimme Bilder aus ihren Wohnungen.

## „Wer hier wohnt, kann bleiben.“

Linksfraktion veröffentlicht Broschüre zur Anwendung der Sozialen Erhaltungssatzung in Köln

In zahlreichen Kölner Wohnquartieren sind Mieter\*innen von Verdrängung bedroht. Die Fraktion DIE LINKE im Kölner Rat will verhindern, dass Menschen aus ihren Wohnquartieren verdrängt werden. Dies wollen wir unter anderem dadurch erreichen, dass langfristig 25 % der Kölner\*innen in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungssatzung wohnen. Dieses Instrument wird in Köln jedoch nur zö-

DIE LINKE nutzte die Aktuelle Stunde, um die zuvor eingesammelten Zitate der Mieter\*innen wieder zu geben:

„Das mit den Raten wird immer schlimmer.“

„Von Oktober bis April war meine Heizung kaputt.“

„Nie erreicht man jemand bei der ZBVV.“

„Es gibt schon lange kein warmes Wasser mehr.“

Politiker der demokratischen Fraktionen und auch der Sozialdezernent Dr. Rau zeigten sich ob der schlimmen Verhältnisse betroffen und sagten mögliche Hilfe zu. Sie machten aber auch auf ihre eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten aufmerksam.

Schimmel, andauernder Ausfall von Heizung und Warmwasserversorgung, defekte Aufzüge und nicht abschließbare Haustüren führen zur (gesundheitlichen) Gefährdung der Mieter\*innen. Da die Häuser oft nicht

gerlich angewandt. Dabei gibt es seit 2014 einen Ratsauftrag an die Stadtverwaltung, Soziale Erhaltungssatzungen vermehrt zu nutzen. Mit dieser Broschüre wollen wir über die Soziale Erhaltungssatzung und ihre Anwendung in Köln informieren. Und wir wollen dafür werben, dass in Köln mehr unternommen wird, Mieter\*innen vor Verdrängung zu schützen.

Die Broschüre steht auf unserer Internetseite:

[https://www.linksfraktion-koeln.de/fileadmin/lcmslfkoeln/alles\\_thematisch/Broschueren/Wer\\_hier\\_wohnt\\_kann\\_bleiben\\_web.pdf](https://www.linksfraktion-koeln.de/fileadmin/lcmslfkoeln/alles_thematisch/Broschueren/Wer_hier_wohnt_kann_bleiben_web.pdf)

abschließbar sind, finden Kriminalität und übermäßige Verschmutzung durch Urin und Kot in den Eingangsbereichen statt. Die defekten Aufzüge in den Hochhäusern haben zur Folge, dass Menschen mit eingeschränkter Mobilität ihre Wohnungen nicht verlassen können.

Weder die o.g. Hausverwaltung noch die Eigentümerin kommen ihren Verpflichtungen nach. Leidtragende sind dabei die Mieter\*innen.

Es geht auch anders: Die unternommenen Anstrengungen von Stadt, GAG sowie der privat geführten „Sahle Wohnen“ haben in den letzten Jahren zu sichtbaren Erfolgen in Chorweiler geführt. Die Lebenssituation für viele Menschen in Chorweiler hat sich verbessert. Allerdings gefährden die Vernachlässigung der Häuser durch die Universal Invest bzw. ZBVV diese positive Entwicklung während der letzten Jahre. Daher muss umgehend gehandelt werden.

Nachdem nun dafür gesorgt wurde, dass Verwaltung und Politik informiert sind, muss weiter an dem Thema gearbeitet werden. DIE LINKE wird mit den Mieter\*innen und der Mieterkontaktstelle in Kontakt bleiben. Wir wollen, dass sich die Politik insgesamt der Problematik annimmt und die Verwaltung tätig wird. Die Verwaltung muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Vermieter zwingen, die Gefahren für Mieter\*innen zu beseitigen.

Michael Weisenstein



# Kunst im öffentlichen Raum

## Interview mit Kay von Keitz

**Der Kulturwissenschaftler und Experte für die Schnittstellen von Kunst, Architektur und Urbanismus ist seit 2014 der Vorsitzende des Kunstbeirates der Stadt Köln, der vom Rat bestellt wird. Der Kunstbeirat ist eine Mischung aus Fachleuten, Politik und Verwaltung. Das Gutachtergremium berät den Rat und seine Ausschüsse sowie die Bezirksvertretungen in allen Fragen von Kunst im öffentlichen Raum. So steht es in der Geschäftsordnung, aber die Realität sieht oft anders aus.**

**Platzjabbeck:** Was sind die Aufgaben des Kunstbeirats?

**Kay von Keitz:** Kunst im öffentlichen Raum ist eigentlich alles, was man so „rumstehen“ sieht, und das ist viel mehr, als die meisten glauben. Im Kölner Stadtgebiet sprechen wir dabei von rund 2000 Objekten. Vom Adenauer an der Apostelnkirche über den „ruhenden Verkehr“ am Rudolfplatz bis zu der Stele am Verteilerkreis u.v.m. Dazu kommen viele temporäre Kunstwerke in der Öffentlichkeit.

Und diese Werke, die ja den Bürgern gehören, müssen vermittelt, erklärt und eingeordnet werden.

Fritz Behns „Diana mit springender Antilope“ am Sachsenring scheint eine harmlose Skulptur zu sein, aber Behn war Unterstützer deutscher Kolonialpolitik und überzeugter Nationalsozialist. Die Hintergründe müssen also mittransportiert werden.

**Platzjabbeck:** Was sind die Hauptprobleme mit Kunst im öffentlichen Raum?

**Kay von Keitz:** Die Pflege und der Unterhalt sind ein Riesenthema, es gibt derzeit nur ein Jahresbudget von 25.000 Euro. Dazu kommt natürlich Vandalismus, Metalldiebstahl und schlicht Missachtung der Werke.

Bei Kunst im Museum gibt es zu recht einen großen restauratorischen und konservatorischen Aufwand, aber sobald man vor die Tür geht, ist die Kunst Freiwild. Deswegen hat der Kunstbeirat die StadtLabore initiiert, um zu überlegen, wie man über die Rolle von Kunst im öf-

fentlichen Raum sprechen kann und was man z. B. machen kann, wenn sich ihr Kontext verändert. Und wie soll diese Kunst in Zukunft sein, und das nicht nur als Frage für eine kleine Gruppe interessierter Kunstbetrieblter, sondern, weil es nun mal der öffentliche Raum ist, als Frage an alle, die in der Stadt leben.

Trauriges Beispiel ist der Dionysos-Brunnen am Dom an der Durchfahrt unter dem Museum Ludwig zur Philharmonie. Die Brunnenskulptur steht nun völlig deplatziert auf dem Bürgersteig. Da wurden wir bei der Neugestaltung dieser Situation auch nicht gefragt, wie man damit umgehen soll. Gerne hätten wir darüber debattiert und möglicherweise einen besseren Platz für die Rhein- und Weinromantik gefunden.

**Platzjabbeck:** Wie ist der aktuelle Fall mit den Werken von Lutz Fritsch, die Stele „Standortmitte“ im Verteilerkreis, über die die Stadt die Trassenführung der Stadtbahn geplant hat, und „Leuchtturm“ im Rheinauhafen, zu bewerten?

**Kay von Keitz:** Da wurden wir gar nicht gefragt, und es müsste eigentlich selbstverständlich sein, dass der Kunstbeirat in der Beratungsfolge automatisch mitaufgenommen wird. Wir haben aber dazu eine Stellungnahme veröffentlicht, denn die Werke haben ja nicht nur einen ideellen Wert, sondern auch einen materiellen. „Standortmitte“ in Köln und Bonn hat 1,7 Millionen gekostet und gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Der Künstler Lutz Fritsch ist Mitglied des Kunstbeirats und hat uns mit Informationen aus erster Hand versorgt. Man hätte den Kunstbeirat gleich zu Beginn der Planung miteinbeziehen sollen, dann hätten wir in einem Prozess eine Lösung im Miteinander gefunden mit der jeder leben kann. So wurde eine oberirdische Querung des Verteilerkreises favorisiert und als die alleinige Möglichkeit dargestellt.

DIE LINKE war die einzige Partei, die in der Ratssitzung wenigstens auf das Kunstwerk hingewiesen hat. (Anm.: Güldene Tokyürek hatte den Verkehrsdezernenten auf den Konflikt mit dem Kunstwerk öffentlich an-

gesprochen und er sagte, man sei im Gespräch und wolle sich mit dem Künstler einigen.)

**Platzjabbeck:** Wie kann man Ihre Arbeit besser gestalten? Gibt es positive Beispiele?

**Kay von Keitz:** Im München gibt es seit über 20 Jahren eine feste Institution, Zürich ist auch ein gutes Beispiel.

In Düsseldorf nennen sie es Kuko-dus, als Abkürzung für Kunstkommission Düsseldorf, und es gibt sie seit fünf Jahren.

Hier wird über die Realisierung von Kunstwerken demokratisch entschieden, Wettbewerbe ausgelobt, aber auch über die Versetzung, Wiederaufstellung oder auch Entfernung von Werken diskutiert und auch rechtssicher entschieden.

Das man sowas steuern und organisieren kann, das geht natürlich nur mit einem Etat. Man muss es institutionalisieren, formalisieren und finanzieren.

Kunst im öffentlichen Raum ist keine übriggebliebene Deko und auch kein Hobby für Ehrenamtler. Sie muss in Stand gehalten, aber auch gut kuratiert neu eingebracht werden. Da wäre sowas denkbar wie ein Prozentanteil für Kunst am Bau, etwa 1 % der Bausumme öffentlicher Bauten könnten einen solchen Topf speisen, aus dem man den Bestand erhalten und neue Werke einbringen kann.

Vor vier Jahren habe ich im Auftrag des Kulturdezernats mit „Urbane Interventionen Köln“ ein Projekt für Kunst im öffentlichen Raum konzipiert und eine Reihe von Künstlerinnen und Künstlern eingeladen, dezentral und eng verzahnt mit den Fragestellungen der Stadt. Leider wurde das Projekt in Zusammenhang mit Corona offiziell verschoben.

Das hätte ich für Köln gut gefunden...

**Platzjabbeck:** Herr von Keitz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führte Jörg Kobel, kulturpolitischer Sprecher der Ratsfraktion

# Tunnelplanung so schnell wie möglich stoppen: Tatsächliche Verkehrswende statt Tunneldesaster!

Die Entscheidung über den Ausbau der Kölner Ost-West-Achse wird sich weiter verzögern. Das ist nicht verwunderlich: Der Verkehrsbereich ist die offene Flanke des regierenden Bündnisses. Regelmäßig kommt es zu Zerreißproben.

Daher ist es für das Ratsbündnis nur schlüssig, diese unbequeme Entscheidung weiter auf die lange Bank zu schieben. Die Ratsfraktion DIE LINKE spricht sich hingegen dafür aus, dass Tunnelprojekt unmittelbar und für alle Zeiten zu beerdigen.

Ein klares Bekenntnis zu einer oberirdischen Lösung wäre jetzt absolut notwendig: Im Vergleich zur Tunnelvariante würden große Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen eingespart und deutlich weni-

ger personale Kapazitäten gebunden werden. Auch würde dem ÖPNV klar eine Priorität vor dem Auto eingeräumt. Das wäre ein richtungsweisendes Signal.

Die erneute Verzögerung offenbart die desolante Situation des Ratsbündnisses. Der Grund hierfür ist eindeutig: Gründe und CDU haben Angst, bei dieser wichtigen Entscheidung vor der Kommunalwahl Fehler zu machen. Der 3. Partner im Kölner Regierungsbündnis, volt, hat allerdings eine Entscheidung gegen den Tunnel getroffen, wie der Kölner Stadt-Anzeiger am 13. September berichtete. Die Fraktionsvorsitzende Jennifer Glashagen hatte sich gegenüber der Zeitung auch klar für eine Entscheidung noch in dieser

Legislaturperiode ausgesprochen.

Es ist also noch einige Dynamik in der Angelegenheit zu erwarten. Aber schon jetzt ist klar, dass eine Entscheidung viel zu lange dauert, und die Verwaltung durch Doppelplanung über Gebühr belastet ist. Wichtige Personalressourcen stehen dadurch nicht für andere Probleme zur Verfügung.

Leidtragende dieser Hängepartie sind die Bürgerinnen und Bürger. Es wäre sinniger, statt der Tunnelplanung eine tatsächliche Verkehrswende in Köln in Angriff zu nehmen. Damit die Klimawende vorangeht, muss der gesamte Umweltverbund gestärkt werden.

Güldane Tokyürek,  
Michael Weisenstein

## „Ich hab viel gesehen, ich konnt nicht widerstehen“ „Rheingold“ von Fatih Akin in der Reihe Linkes Kino

Der Film Rheingold aus 2022 zeigt das bewegte Leben des Rappers und Musikproduzenten Xatar - von der Hölle an die Spitze der Musik-Charts. Giwar Hajabi, so der bürgerliche Name, flieht Mitte der 1980er-Jahre mit seinen Eltern nach Deutschland. Diese, iranische Kurden, sind klassische Musiker und ermöglichen ihrem Sohn trotz der widrigen Umstände Klavierstunden, dafür arbeitet die Mutter sogar als Putzfrau. Als der Vater eine Anstellung als Dirigent erhält, verlässt er die Familie und Frau und Kinder bleiben in der Sozialbausiedlung in Bonn zurück.

Um an Geld und Ruhm zu kommen, driftet Giwar in die Kleinkriminalität ab. Angefangen vom Kopieren von Pornos auf VHS-Kassetten bis zum Verkaufen von Betäubungsmitteln. Bei einem Clubbesuch sieht er das erste Mal SSIO, lernt seinen Beatproduzenten kennen und beginnt erste Texte zu schreiben. Gleichzeitig steigt er schnell zum Großdealer auf. Um eine verlorene Ladung Drogen zu ersetzen, plant Giwar den Raub eines Goldtransporters.

Auf seiner Flucht vor den Behörden wird er in einer syrischen Haftan-

stalt gefoltert; schließlich aber nach Deutschland ausgeliefert und verurteilt. Im Gefängnis beginnt er heimlich Texte für seinen Produzenten aufzunehmen, welche die beiden über geschmuggelte SD-Karten austauschen. So entsteht seine erste CD – „Baba aller Babas“, die ihn an die Spitze der deutschen Charts befördert.

Über die Bedeutung und den Einfluss von Rap auf Jugendkultur sprachen nach der gut besuchten Filmvorführung sehr kenntnisreich und anschaulich Sergen Canoglu (bis Frühjahr 2023 Sprecher der LINKEN Köln, Autor einer Masterarbeit zum Thema Rap und Neoliberalismus) und Hannes Loh (Rapper und Autor, mit Schwerpunkt HipHop-Kultur und Migration).

Besonderes Augenmerk lag in den Redebeiträgen auf die oftmals fehlende Wertschätzung der Lebensleistung migrantischer Menschen (Flucht, Neuanfang, Diskriminierung und/oder Armut) durch die Mehrheitsgesellschaft, die eben besonders im Rap thematisiert wurde und wird. Rap ist fast überall mit geringsten Mitteln möglich, ein mitentscheidender Grund für seinen Erfolg hin zur größten Jugendkultur.



Hannes Loh und Sergen Canoglu mit der Moderatorin Hajra Spanke

Dem Film gelingt es zu zeigen, dass „Rap es wie kein anderes Genre schafft, die Stimme der Unteren in der Gesellschaft in eine breite Öffentlichkeit zu bringen“.

Und noch eine Anmerkung: Im Publikum waren zahlreiche Besucher\*innen der von der Kino-AG eingeladenen Jugendzentren in Kalk (Pavillon) und Gremberghoven (Grembox). Diese Einladung entstand aus dem Projekt „benachteiligte Stadtteile stärken“. Es gibt Überlegungen, das mit einem Rap-Workshop in Gremberghoven fortzusetzen.

Renate Alves



Soziale Verantwortung der GAG beerdigt – Aktion gegen die Mieterhöhungen am 18. August

## Bildungswende JETZT!

Zentraler NRW-Protest am 23.9. ab 13 Uhr auf dem Heumarkt in Köln

Am Samstag, 23.9. 2023, ruft das Bündnis „Bildungswende JETZT!“ zu einer Demonstration in Köln auf. Wir laufen ab 13 Uhr vom Heumarkt aus durch die Innenstadt und versammeln uns dort um 15 Uhr erneut zu einer Kundgebung. Auf der Bühne kommen nicht nur Betroffene der Bildungskrise zu Wort. Wir wollen auch beispielhaft aufzeigen, wie Bildung besser funktionieren kann.

Köln wird so zum zentralen Protestort für NRW beim bundesweiten Bildungsprotesttag, der in sämtlichen Bundesländern stattfinden wird.

Wir fordern die politischen Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen auf, das Bildungswesen jetzt fundamental umzubauen und gerecht, inklusiv und zukunftsfähig zu gestalten. Denn das deutsche Bildungssystem ist massiv unterfinanziert und überlastet, an Kitas und Schulen fehlt Personal, Lehrpläne und pädagogische Konzepte sind veraltet, gesellschaftliche Herausforderungen wie der Umgang mit der Klimakrise und demokratische Teilhabe werden nur unzureichend behandelt. Die Folge: Überlastete Erzieher\*innen und Lehrkräfte, immer mehr Unterrichtsausfall, zu wenige Kita- und Schulplätze und ungleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche. Der Schaden der Bildungskrise für die Gesellschaft ist schon jetzt immens und wächst von

Tag zu Tag.

Um weiteren Schaden abzuwenden, fordern wir

- Kita und Schule zukunftsfähig und inklusiv zu machen,
- eine Ausbildungsoffensive für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen,
- ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen Bildung zur Soforthilfe für überfällige Investitionen,
- einen echten Bildungsgipfel auf Augenhöhe mit Expert\*innen und Betroffenen

Wir sind überzeugt: Mit schnellen und mutigen politischen Entscheidungen ist die Bildungswende möglich. Dafür treten wir am 23.9. auf dem Heumarkt alle gemeinsam ein: Schüler\*innen, Eltern, Erzieher\*innen, Lehrkräfte und alle, die von der Bildungsmisere betroffen sind.

HINTERGRUND: Das Bündnis „Bildungswende-JETZT!“

Das bundesweite Bündnis „Bildungswende JETZT!“ ist ein im Frühjahr 2023 entstandenes überparteiliches und offenes Bündnis für ein gerechtes, inklusives und zukunftsfähiges Bildungssystem. Inzwischen haben sich über 160 Bildungsinitiativen, Gewerkschaften, Eltern- und Schüler\*innenvertretungen, Fachkräfte-Verbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure angeschlossen, die sich mit Bildungsthemen befassen. Am 1.6.2023 hat

das Bündnis einen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesregierung, die Regierungschef\*innen der Länder und die Kultusministerkonferenz veröffentlicht. Am 23.9. folgt nun der bundesweite Bildungsprotest 2023.

In NRW wird das Bündnis unterstützt und getragen unter anderem von den Gewerkschaften GEW, ver.di und DGB, der Landeselternkonferenz, den Landeselternschaften der integrierten Schulen, der Grundschulen sowie der Realschulen, dem Verband der integrierten Schulen (GGG), der Landeschüler\*innenvertretung, dem Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen, Teachers for Future und Fridays for Future, dem Bürger\*innenrat Bildung und Lernen mit seiner Initiative #besserlernen, dem Inklusionsfachverband Gemeinsam Leben Gemeinsam Lernen sowie dem Bündnis Eine Schule für Alle.

Aus Köln sind zusätzlich die Initiative für Bildungs- und Chancengerechtigkeit Coach e.V., die Stadtschulpflegschaft Köln, die Bezirksschüler\*innenvertretung, der Kölner Stadtjugendring, die Initiative für verantwortliche Schulpolitik „Die Abgelehnten“ sowie die Beratungsstelle für Inklusion mittendrin e.V. dabei.

**Weitere Info** zum Bündnis [www.schule-muss-anders.de/bildungsprotest-2023/](http://www.schule-muss-anders.de/bildungsprotest-2023/)

# TERMINE

## Sa., 23. September

**Bildungsdemo:** 13:00 Uhr  
Demo Start am Heumarkt,  
15:00 Uhr Kundgebung auf  
dem Heumarkt

**Eine kritische Post-Koloniale Stadtteilführung in der Südstadt** mit Azziza Malanda und Linda Jalloh, Anm.: mail(@)filminitiative.de, Treffpunkt: 11 Uhr, Bürgerzentrum Stollwerck.

**20. Afrika Film Festival Köln** (vorletzter Tag, siehe Programm oder <https://afrikafilmfestivalkoeln.de/start>)

## So., 24. September

**20. Afrika Film Festival Köln** (letzter Tag, siehe Programm) und ab 20 Uhr, Preisverleihung im Filmforum im Museum Ludwig.

## Mo., 25. September

**Politik zwischen Wut und Zuversicht.** Vorstellung einer Studie und Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Beate Küpper, Franz Meurer, Dr. Claudia Bogedan, Mesut Sakar u.a., VA: Carolin Kirsch MdL, Lena Teschlade MdL, Jochen Ott MdL. 19 Uhr, Volksbühne am Rudolfplatz, Aachener Str. 5, 50674 Köln

## Di., 26. September

**Better Building Brussels: Kristiaan Borret - Stadtbaumeister von Brüssel im Gespräch,** Eine Stunde Baukultur, 19 Uhr, Eintritt frei. Haus der Architektur, Josef-Haubrich-Hof 2 50676 Köln

## Mi., 27. September

**Stadtteilkonferenz Nippes.** Austausch zum Thema »intergenerative Begegnungen in Nippes stärken«, VA: SeniorenNetzwerk Nippes u. BV Für Nippes. 15 Uhr, BüZe Nippes - Altenberger Hof, Mauenheimer Str. 92, 50733 Köln

## Do., 28. September

**Fairer Handel** in Schule und Bildung. Ideen für Unterricht, Schulleben und außerschulische Bildungseinrichtungen, VA u. Infos: vhs-koeln.de, Teilnahme kostenfrei. 16 Uhr, VHS Neumarkt Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

## So., 1. Oktober

**Fiesta de la Milpa - Maisfest.** Auch in diesem Jahr laden wir zu unserem Maisfest »Fiesta de la Milpa« ein, um gemeinsam die Ernte unseres biodiversen Maisfeldes, der Pacha Milpa, sowie Erträge unseres Projektes MAIZ zu feiern. Es erwartet euch ein vielfältiges Programm! Vor allem Kinder mit ihren Eltern sind herzlich eingeladen. Ab 10 Uhr, Allerweltshaus Köln e.V., Geisselstraße 3-5, 50823 Köln

**13. bis 16. Oktober 2023 edimotion – 23. Festival für Filmschnitt und Montagekunst**  
<https://edimotion.de/>

## Dienstag, 17. Oktober

**Baumplätze für Köln – zum Beispiel der Waidmarkt.** Im Klimawandel werden die Appelle aus Medizin, Biologie und Klimaforschung immer drängender: Städte brauchen grüne Nachverdichtung! Laut Europäischer Umweltagentur EEA überschreiten z.B. die Luftschadstoffe, die rund um Schulen und Kindergärten in Europas Großstädten gemessen werden, bei weitem das von der WHO als zulässig eingestufte Maß. Daher wird an diesen Stellen mehr Begrünung gefordert.

Was können wir tun? Allen größeren Neuplanungen muss ein grüner Rahmenplan vorausgehen. Impulsvorträge:

■ Prof. Dr. Anna von Mikecz, zu Biologie, Ökotoxikologie

■ Dr. med. Christina Hecker, zu Medizin, Hitzebelastung

■ Barbara Thiess, Architektin, zum Waidmarkt als baumbestandene Platzfolge  
Moderation: Thomas Engel, Vorstandsmitglied im hdak 19:00 bis 20:00 Uhr | Haus der Architektur Köln, Josef-Haubrich-Hof.

## Samstag, 4. November

**Wie kann die Wärmewende beim Wohnen sozial gestaltet werden?** Referent\*innen:

■ Rosalie Arendt, University of Twente, NL  
■ Armin Kuhn, wohnungs- und mietenpolitischer Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

■ Kalle Gerick, Mietenaktivist bei „Recht auf Stadt“. Veranstalterinnen: Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, kommunalpolitisches Forum NRW, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW 13 bis 17 Uhr, Bürgerschaftshaus Bocklemünd, Görlinger-Zentrum 11-15, 50829 Köln

## Fr., 10. November

**Frau.Leben.Freiheit.**

Wo steht der Iran? Wie geht es weiter? Filmabend und Diskussion ab 17.30 Uhr, Filmhaus Köln, Maybachstraße 111



# TERMINE DER FRAKTION

Mo, 2. Oktober, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Mo, 16. Oktober, 18.30 Uhr  
**AK Kunst, Kultur + Medien**

Mo, 16. Oktober, 19.00 Uhr  
**AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales**

Mo, 16. Oktober, 19.30 Uhr  
**AK Gesundheit + Inklusion**

Di, 17. Oktober, 18.00 Uhr  
**AK Frauen**

Do, 19. Oktober, 18:00 Uhr  
**AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen**

Do, 19. Oktober, 19:00 Uhr  
**AK AVR / Digitales**

Do, 2. November, 19.30 Uhr  
**AK Bildung und Jugend**

Mo, 6. November, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Mo, 6. November, 19.30 Uhr  
**AK Gesundheit + Inklusion**

Di, 7. November, 18.00 Uhr  
**AK Verkehr**

Di, 7. November, 18.30 Uhr  
**AK Soziales und Integration**

Anmeldung unter:  
[dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de)

## Einfache Sprache

Die Fraktion DIE LINKE möchte von allen verstanden werden. Wir informieren daher über wichtige Dinge in einfacher Sprache. Ihr könnt Reden in einfacher Sprache auf unserer Internetseite lesen. Die Reden stehen an dieser Internetadresse:

<https://www.linksfraktion-koeln.de/medien/einfache-sprache/>

# Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Michael Weisenstein



## Unterschriften gegen die Schließung der Krankenhausstandorte in Riehl und Holweide

### Rede von Heiner Kockerbeck

Ich möchte euch dafür danken, dass ihr euch mit viel Engagement gegen die Schließung zweier Krankenhäuser in Köln eintretet. Was ihr bisher mit den Aktionen und der Petition geschafft habt, ist außergewöhnlich!

Die Oberbürgermeisterin würde am liebsten zusammen mit der Verwaltung, der Krankenhausgeschäftsführung und Teilen der Politik ganz lautlos zwei von drei Standorten schließen. Aber das wollen unwahrscheinlich viele Menschen nicht. Sie glauben, dass die Gesundheitsvorsorge in Köln dadurch verschlechtert wird. Auch wir von der Fraktion DIE LINKE sind davon überzeugt, und auch wir haben uns immer dagegen ausgesprochen.

Wir brauchen das Krankenhaus Holweide und die Kinderklinik in Riehl. Die Betten können nicht einfach umgezogen werden. Das muss die Bezirksregierung genehmigen, und wir wissen nicht, ob sie das tut.

Der ganze Kölner Norden ist unterversorgt, was Kinderheilkunde angeht. Ich erinnere nur an die fehlenden Kinderärzte in Chorweiler. Das Kinderkrankenhaus fängt das zum Teil auf. Gerade Eltern, die nicht so viel Geld haben, sind nicht so mobil.

Außerdem wurde es gerade für 20 Mio. Euro erweitert und renoviert. So marode kann das Krankenhaus nicht sein, auch wenn uns die Stadtspitze das weismachen will.

Viele Argumente, wieso Holweide geschlossen werden muss, sind Lügen. Es wurde behauptet, dass es nach der Reform seinen Level-II-Status verliert. Das war

ganz offensichtlich eine Lüge.

Aber auch die Einsparungen, die sie durch die Standortschließungen erzielen wollen, erweisen sich als Luftnummern. Bei den Personaleinsparungen wurde mit viel zu hohen Gehältern kalkuliert. Die Röntgenabteilungen an drei Standorten sollen durch eine zentrale Röntgenabteilung ersetzt werden. Ein Drittel des Personals soll dann die selbe Menge an Fällen bearbeiten? Das leuchtet keinem ein. Wir wissen alle, dass das Land seinen Finanzierungsverpflichtungen nicht nachkommt, und das ein Grund für die finanzielle Situation der Städtischen Kliniken ist. Aber jetzt viel Geld in teure Neubauten zu stecken, löst dieses Problem nicht. Stattdessen sollen die Grundstücke verkauft und das Tafelsilber der Städt. Kliniken an Investoren verschertelt werden.

Eine funktionierende Gesundheitsversorgung der Kölner Bevölkerung ist wichtiger als fragwürdige Einsparungen. Das „Zukunftsmodell“ der Städtischen Kliniken, wie es die Schließungsbefürworter entwerfen, führt nicht in eine strahlende Zukunft, sondern in den Kahlschlag! Wir wehren uns dagegen!

